

**DIE LINKE.**

**Fraktion im Dresdner Stadtrat**

Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

**André Schollbach**

Fraktionsvorsitzender

Telefon 0351 - 488 2822

Telefax 0351 - 488 2823

E-Mail [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)

Web [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

Antrag Nr.:

Datum : 18.4.2008

## **ANTRAG**

Gegenstand: **Gegen den Missbrauch des 13. Februar**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die offizielle Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof im Gedenken an die Zerstörung Dresdens in der Nacht des 13./14. Februar so zu gestalten, dass ein Redebeitrag zu Beginn auf die im Nationalsozialismus und im von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg liegenden Ursachen der Zerstörung verweist.
2. für die offizielle Kranzniederlegung ein neues Protokoll zu erarbeiten, das den Stelenkreis, der Dresden in den historischen Zusammenhang einordnet, mit einbezieht.
3. das Protokoll dieser Gedenkveranstaltung so zu fassen, dass rechtsextreme und rechtsradikale Gruppierungen, die den Tod mehrerer Zehntausend Menschen und das Leid der Überlebenden in Dresden instrumentalisieren und missbrauchen, nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen können.
4. zukünftige Gedenkveranstaltungen der Landeshauptstadt Dresden zum 13. Februar so zu gestalten, dass sich das auf der Homepage der Stadt Dresden zu findende Anliegen „Dresden, 13. Februar - Ein Rahmen für das Erinnern“ adäquat wieder findet. Insbesondere soll zukünftig der Missbrauch der Erinnerung zur Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen zwischen 1933 und 1945 verhindert werden.
5. sich dafür einzusetzen, dass in Dresden Kundgebungen und Demonstrationen, die o.g. Anliegen entgegen stehen, nicht stattfinden können.

Behandlungsvorschlag:

Ausschuss Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit  
Stadtrat

### Begründung:

Vor dem Hintergrund des neuerlichen Aufmarsches von Rechtsextremisten (hier: Junge Landsmannschaft Ostdeutschland) in Dresden am 13. und 16. Februar 2008 ist ein bestimmteres Vorgehen in der Stadt Dresden gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus nötig. Der 2004 verfasste, auf der Homepage der Landeshauptstadt Dresden zu findende Text „Dresden, 13. Februar - Ein Rahmen für das Erinnern“ ([http://www.dresden.de/de/02/110/03/01/c\\_010.php](http://www.dresden.de/de/02/110/03/01/c_010.php)), sollte die Grundlage für das Vorgehen der Landeshauptstadt Dresden sein.

Die Zerstörung des Dresdner Stadtzentrums am 13. Februar 1945 durch alliierte Luftangriffe, der Tod mehrerer Zehntausend Menschen und das Leid der Überlebenden darf nicht instrumentalisiert und missbraucht werden, wie am 13. und 16. Februar 2008 durch das „Aktionsbündnis Gegen das Vergessen“ und die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ geschehen. Das Gedenken an die Zerstörung und deren Ursachen verbietet jede Form von Werbung für demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien, Haltungen und Aktionen, die sich der Erinnerung an die Zerstörung Dresdens bedient.

Die Vorgeschichte dieser Ereignisse, insbesondere die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und das Verbrechen des von Deutschland ausgehenden Krieges dürfen nicht vergessen werden. Die Erinnerung an den Anteil, den Menschen und Einrichtungen in Dresden an Kriegsführung, nationalsozialistischer Unterdrückung und deren Verbrechen - etwa an den jüdischen Bürgern der Stadt - hatten, darf nie aus den Erinnerungen der Dresdner verdrängt werden.

Rechtsradikalen und rassistischen Bestrebungen kann wirkungsvoll nur durch das gemeinsame Engagement der Bürgerschaft und der politischen Spitze der Stadt Dresden begegnet werden. Rechtsradikale dürfen sich nicht in dem Glauben wännen, sie wären „die Avantgarde einer schweigenden Mehrheit“. Rechtsradikale und rassistische Übergriffe stehen nicht nur dem humanistisch und christlich geprägten Menschenbild unvereinbar gegenüber, sie fügen auch dem Wirtschafts- und Kulturstandort Dresden Schaden zu. Es ist deshalb vorrangige Aufgabe von Stadtrat und Oberbürgermeister, hier mit praktischem Engagement voranzugehen.

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine spezifischen Jugendprobleme, sondern entstehen in der Mitte der Gesellschaft und zeigen ihre Auswirkungen am äußersten rechten Rand. Hier ist auch die Stadtverwaltung gefordert, detaillierte Maßnahmen und Aktivitäten für die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und die Unterstützung kultureller und präventiver Angebote und Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen. Noch hat Dresden eine vergleichsweise lebendige bürgerschaftlich geprägte, soziale, pädagogische und jugendhilfliche Infrastruktur. Diese darf aber nicht kurzfristigen, parteipolitischen Interessen geopfert werden. Interkulturelle Bildungsarbeit, auch für Kinder, aktive und anschauliche Geschichtsarbeit und ein attraktives Freizeitangebot für alle Generationen sind dabei ebenso wichtig, wie die Schaffung von individuellen Perspektiven in Aus- und Weiterbildungsprogrammen. Bestehende Mittel gegen rechte Gewalt müssen ausgeschöpft und erweitert werden. Investitionen in funktionierende Strukturen bürgerschaftlichen Engagements, kulturelle Angebote und präventive Maßnahmen sind Investitionen in die Weltoffenheit und internationale Beliebtheit dieser Stadt.

André Schollbach

Fraktionsvorsitzender